



EVP Schaffhausen beschliesst Stimmfreigabe zur Rassismus-Strafnorm

Am 8. Januar 2020 trafen sich die EVP-Mitglieder zur ersten Parteiversammlung in diesem Jahr und fassten die Parolen zu den bevorstehenden Abstimmungen.

Eidgenössische Abstimmungen:

Initiative *„Mehr bezahlbare Wohnungen“*:

Das Anliegen der Initianten findet grosse Sympathie bei den Mitgliedern, da es immer mehr schwierig ist, für verschiedene Bevölkerungsgruppen, finanziell bezahlbaren Wohnraum zu finden. Mit der neuen Regelung müssten 10 % der neugebauten Wohnungen durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden. Dies über die ganze Schweiz verteilt, ohne Berücksichtigung von Stadt- oder Landgebieten, ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Regionen und Kantone. Es scheint den Mitgliedern ein zu starres Instrument zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum. Um diese Regelung zu überprüfen, bräuchte es ausserdem einen grossen Verwaltungsaufwand. Deshalb stimmen die Mitglieder mit einer grossen Mehrheit gegen die Initiative und unterstützen damit den Gegenvorschlag des Bundesrates, den Rahmenkredit von 250 Millionen zur Aufstockung des Fonds de Roulement. Mit diesem Fonds können verzinsliche und rückzahlbare Darlehen für preisgünstige Neubau- und Erneuerungsvorhaben beim gemeinnützigen Wohnbau gefördert werden.

Referendum: *„Rassismus-Strafnorm“*

An der Frage ob homo- und bisexuelle Personen bzw. deren sexuelle Orientierung in der Bundesverfassung einen besonderen zusätzlichen Schutz benötigen, schieden sich die Meinungen der Delegierten. Für die einen war klar, dass dieser Bevölkerungsgruppe ein verbesserter Schutz gegen Hass und Diskriminierung zugestanden werden muss: Die anderen sahen einen Sonderschutz für sexuelle Minderheiten als unnötig. Vorbehalte wurden auch gegenüber der Ausdehnung der Strafnorm bei der Verweigerung von angebotenen Leistungen für die Allgemeinheit geäussert. Uneingeschränkte Einigkeit herrschte jedoch darin, dass jegliche Form von Hass oder Gewalt gegenüber Menschen jeglicher sexuellen Orientierung zu verurteilen ist. Aufgrund dieser Pattsituation fassten die Mitglieder die Parole zur Stimmfreigabe.

Kantonale Abstimmungen:

Initiative: *Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenzinitiative)*:

Den Mitgliedern ist es ein grosses Anliegen endlich Transparenz in der Finanzierung der verschiedenen Parteien, Gruppen, Komitees und auch bei Einzelpersonen (Kandidierende) zu haben, dies auf Kantons- und Gemeinde Ebene. Es ist ihnen bewusst, dass damit eine zusätzliche Überprüfung nötig ist und diese auch etwas kosten wird. Mit der Annahme der Initiative müssten vor den Wahlen jeweils sämtliche Wahlspenden und Interessensverbindungen offengelegt werden. Dies wäre für die EVP kein Problem, finanziert sie sich doch ausschliesslich über Spenden von Privaten. Dass sogenannte wilde

Kandidaturen nicht mehr möglich wären, wird als Negativpunkt gesehen. Wiederholte Umfragen bestätigten, dass 2/3 der Schweizer Bevölkerung endlich wissen will, woher das Geld in der Politik herkommt: Die Mitglieder der EVP wollen dies auch und stimmen mit grosser Mehrheit die Ja-Parole.

12. Januar 2020: Brigitte Bosshart, Aktuarin EVP Schaffhausen